

Sekretariat des Bundes für Menschheitsinteressen
BERN, Erlachstrasse, 23
(Schweiz. Postscheckkonto Bern III 496.)
Jährlich etwa 40 Nummern (deutsche
& franz. Ausgabe) für Fr. 4 1/2 Schweiz;
Fr. 6 in den anderen Ländern.
Für 3 Fr. mehr (zusammen 7 Fr. in
der Schweiz, 11 Fr. in den andern Län-
dern) wird auch die jeden Samstag er-
scheinende **Versöhnung** geliefert.

Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisation menschlichen Fortschritts»

Alle Buchhandlungen, Postanstalten, so-
wie das Sekretariat nehmen Bestellungen
entgegen. Einzelnummern 10 cts. = 10 Pf.

Der Jahresbeitrag zum Bund für
Menschheitsinteressen bleibt der Selbst-
einschätzung der Mitglieder überlassen.
Schweizer-Postscheckkonto Bern III
496.

Schweizer Komitee des Bundes: Dr. August FOREL, alt Professor an der Univer-
sität Zürich; Regierungspräsident Dr. TSCHUMI, Bern; Nationalrat A. LOCHER, Bern;
Regierungsrat Dr. MOSER, Bern; Nationalrat G. MÜLLER, Finanzdirektor der Stadt
Bern; A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern; Prof. Dr. R. BRODA, Zürich; Dr. A. DE
QUERVAIN, Prof. a. d. Univ. Zürich; Dr. A. SUTER, eh. Präs. d. Gemeinderats, Lausanne;
O. VOLKART, Präs. d. Ordens für Ethik u. Kultur; Dr. BUCHER, Präs. d. Schweizer Friedens-
gesellschaft; Director TOBLER, Bern; Dr. Julian REICHESBERG, Bern; F. RUEDI, a. Gross-
rat, Lausanne; Frau WALDHARDT-BERTSCH, Bern; Frau VUADENS-CALMUS, Vevey;
Dr. F. UHLMANN, Basel; H. HODLER, Genf; WENGER, a. Kantonsrat, Zürich, u. a. m.
Präsident des Bundes: Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fort-
schritts», Zürich.

Internationaler Ehrenausschuss: Geheimrat Prof. Dr. W. FORSTER, Berlin; Ed.
BERNSTEIN, Mitgl. des deutschen Reichstags, Berlin; Graf ARCO, 1. Vors. der Ortsgr.
Berlin des Deutschen Monistenbundes; Stadtpfarrer UMFRIED, 2. Vors. d. Deutschen
Friedensges., Stuttgart; Senatspräsident Dr. ELSNER, Wien; Dr. Karl GRUN-
BERG, Prof. an d. Univ. Wien; Prälat Dr. GIESSWEIN, Mitgl. des ungar. Reichstags,
Budapest; Dr. v. URSIN, eh. Vicepräs. d. finnischen Landtags; Jean LONGUET, Mitgl.
d. französischen Parlaments; L. LE FOYER, eh. Deputierter, Paris; Ramsay MACDONALD,
Mitgl. des engl. Parlaments; Sir Robert STOUR, eh. Ministerpräsident von Neuseeland;
Lino FERRIANI, eh. Generalprocurator, Como, u. a. m.
Alle Zuschriften für die Schriftleitung der „Menschheit“ wolle man an Herrn
Fr. RUEDI, Mitglied des Komitees, Lausanne, 3, Jumelles, richten.

«Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.»

Inhalt der 114. Nummer:

Prof. Dr. R. BRODA, Zürich: Die «rote» und die
«schwarze» Internationale.
Baron WRANGEL, Ascona: Friedenshemmungen.
Otto VOLKART, Zürich: Zum Ziel. — Die Schande.
— Wie lange noch? — Versöhnung.
H. HODLER, Genève: Propos de guerre.
Dr. A. FOREL, Yvorne: L'organisation de la liberté.

Die „rote“ und die „schwarze“ Internationale

Zürich, am 20. August 1917.

Zu Beginn des Weltkrieges schienen auch die
aus Tradition oder Prinzip internationalen Bestre-
bungen in der Hochflut der nationalen Leiden-
schaft unterzugehen. Die Arbeiterschaft der einzel-
nen Länder verband sich mit den herrschenden
Klassen zum gemeinsamen Kampf gegen den äus-
sern Feind, die Priester der christlichen Friedens-
religion predigten *zusammen im stillen Kampf*,
ja, da und dort zeigten sich sogar Entwicklungsauf-
sätze zur Wiedergeburt von Nationalreligionen
und Nationalgöttern.

Die Unfruchtbarkeit des Ringens jedoch und die
Enttäuschung ob der Nichterfüllung so vieler Hoff-
nungen und Illusionen hat allmählich etwas Be-
sinnung in die Gemüter zurückgeführt und es kann
nicht verwundern, dass der Nationalismus zuerst
in jenen Schichten zurückebte, in denen von früher
her eine Disposition für internationale Stimmungen
zurückgeblieben war. Einzelne besonders radikale
Richtungen der Arbeiterbewegung haben sich schon
vor 2 Jahren in Zimmerwald und Kiental zu neuer
internationaler Beratung zusammengefunden. Auch
von Besprechungen von Katholiken verschiedener
Länder, zunächst in bescheidenem Kreise, wurde
seit längerer Zeit berichtet.

Mit Beginn dieses Sommers ist das Wiederauf-
leben der «roten» und der «schwarzen» Interna-
tionale in umfassende Erscheinung getreten. In
Stockholm fanden Besprechungen eines holländisch-
skandinavischen Komitees mit den Delegierten
verschiedener sozialistischer Parteien statt und
schriftliche Darlegungen langten auch von Seite
des sozialistischen Parteien Frankreichs und Eng-
lands, bei denen zunächst der Widerstand gegen
die Entsendung von persönlichen Delegierten über-
mächtig war, ein. Seit der russische Arbeiter- und
Soldatenrat eine neuerliche Initiative für eine Kon-
ferenz in Stockholm ergriffen hat, haben sich auch
die französische sozialistische Partei und die eng-
lische Arbeiterpartei mit grosser Mehrheit
entschlossen, Delegierte zu entsenden. Allerdings
wurden die Pässe seitens ihrer beiden Regierungen
verweigert.

Ist aber dadurch die ganze Bewegung zunichte
gemacht worden? Es müsste schlimm um die Ener-
gie des französischen und englischen Proletariats
stehen, wenn dem so wäre. Die Regierungen haben
ja nur eine rein äusserliche, gewissermassen
verkehrstechnische Möglichkeit hindernden Ein-
greifens in internationale Beratungen. Sie können

die körperliche Fahrt von Delegierten über die
Grenze verunmöglichen, nicht aber einen *Austausch*
von Meinungen zwischen den Arbeiterparteien der
verschiedenen Länder. Zunächst steht für denselben
der schriftliche Weg offen. Man hat es bis jetzt
nicht gewagt, ihm gegenüber die Zensur spielen
zu lassen. Das Memorandum der französischen
sozialistischen Partei z.B. ist anstandslos nach
Stockholm gelangt und auch in der ausländischen
Presse veröffentlicht worden. Auch an französischen
und englischen Sozialisten im Ausland ermangelt
es nicht, die ausserhalb der von den Regierungen
gezogenen Passschranken leben und darum ohne
Weiteres nach Stockholm gehen könnten. Es würde
genügen, ihnen ein *offizielles Mandat* zu geben.

Freilich wäre damit nicht die Möglichkeit des
Meinungsaustausches zwischen wirklich leitenden
Persönlichkeiten gegeben, das Erwachen einer
Einigungsstimmung aus den Beratungen heraus
erschwert. Solche Delegierte II. Ranges würden
kaum aus eigenen Stücken einem Kompromissvor-
schlag zustimmen können; sie müssten im Sinne
eines Imperativmandats handeln oder in jedem
schwierigen Falle neue Instruktionen einholen, was
angesichts der Zensurschwierigkeiten nicht leicht
wäre. Immerhin sind das praktische Fusseisen, über
die man bei gutem Willen wohl hinweg kommen
könnte. Das Wesentliche wäre eben doch, dass die
sozialistischen Parteien jeder Regierung ihre *Ge-
folgschaft verweigern*, die sich in offenbaren Ge-
gensatz zu einem vernünftigen Friedenskompromiss
stellt; an solcher politischer Opposition können die
sozialistischen Parteien naturgemäss durch keine
Regierungswillkür gehindert werden. Es steht in
ihrer Hand, die Mitglieder ihrer Partei, welche
Ministerposten in den Kabinetten der nationalen
Verteidigung einnehmen, *abzuberufen*, die *Kriegs-
kredite zu verweigern*, die *freie Tribüne der Parla-
mente zur kritischen Beleuchtung des weitem un-
fruchtbaren Gemetzels zu benutzen*. Das Erwachen
einer kriegsfeindlichen Stimmung in den Arbeiter-
massen kann für die Regierungen auch der West-
mächte keineswegs gleichgültig sein, denn es mind-
ert die Durchhaltefähigkeit ihrer Völker
und stellt sie gegenüber dem russischen
Bundesgenossen bloß. Die Arbeiterpartei auch
der Westmächte hat es darum sehr wohl in
der Hand, ihre Wünsche für einen *baldigen Rechts-
frieden* und für *Wiederaufnahme internationaler
Verständigung* in scharfer Weise zu betätigen. Mag
sein, dass heute noch in ihren eigenen Reihen die
psychologischen Widerstände zu gross sind, aber
nach einem weitem Jahre sinnlosen und ergeb-
nislosen Blutvergiessens wird die revolutionäre
Stimmung der Arbeitermassen sie zu einem
entschiedenen Handeln drängen. Eine Entwicklung,
hat jedesfalls eingesetzt, deren weitere Phasen wich-
tige Möglichkeiten für die Beendigung des Krieges
eröffnen.

Sehr wertvoll gerade auch für die Chancen der
internationalen sozialistischen Bewegung ist das
entschiedene Eingreifen des Papstes in der gleichen
Richtung. Gerade die katholisch-konservativen
Parteien in Frankreich z.B. sind vor dem Kriege und

während desselben vielfach Hauptstützen des ex-
tremen Nationalismus gewesen, trotz der interna-
tionalen Tradition der Kirche. Die freimütige In-
tervention des Papstes bringt diese Parteien in
eine schwierige Lage und fürderhin wird es ihnen
nicht leicht werden, sich der internationalen Strö-
mung mit gleicher Leidenschaft entgegenzuwerfen.
Dass sie den ausgezeichneten Darlegungen des
Papstes völlig folgen werden, ist freilich nicht
anzunehmen. Das Oberhaupt der katholischen Kir-
che hat sich in der Tat in bedingungsloser Weise
auf den pazifistischen Standpunkt gestellt. Der
Papst legt dar, dass die «materielle Gewalt der
Waffen» durch die moralische Kraft des «Rechts»
ersetzt werden müsse, dass eine «gleichzeitige und
gegenseitige Abrüstung» vor sich gehen solle. Er
verlangt nicht nur eine *schiedsgerichtliche Einrich-
tung*, sondern auch gemeinsames Vorgehen mit in-
ternationalen Machtmitteln gegen den Staat, der
sich weigern würde, eine Streitfrage dem
Schiedsgerichte vorzutragen oder dessen Beschlüsse
anzunehmen. Die Gedankengänge des *entschiede-
nen* Pazifismus haben damit beim Haupte einer der
grössten Religionen der Erde einen *vorbekanntlichen*
Anschluss gefunden.

Was seine Vorschläge für den *Ausgleich der
konkreten Streitigkeiten* anlangt, so stehen sie
unsern eigenen Gesichtspunkten nahe. Der Papst
verlangt die Räumung von Belgien und Nordfrank-
reich durch die Deutschen, die Rückgabe der
deutschen Kolonien und deutet in vorsichtiger aber
hinreichend klarer Weise an, dass die Frage des
Elsass und der italienischen Gebiete Oesterreichs
in *versöhnlicher*, den *Aspirationen der Völker*
Rechnung tragender Weise gelöst werden solle. Die
letzte Redewendung deutet auf ein *Plebiscit* hin
und es ist bereits an sich ein gewaltiger, nicht hoch
genug einzuschätzender *Erfolg der demokratischen
Prinzipien*, dass die seit weit mehr als einem
Jahrtausend auf den *Autoritätsgedanken* festgelegte
Kirche sich nun den Gedanken der *Freiheit und
Selbstbestimmung der Völker* zu eigen macht.

Die Redewendung von den *versöhnlichen Ab-
sichten* deutet wohl auf die Möglichkeit *wechselseitiger
Zugeständnisse* hin und in der Tat liegt
es ja nahe, Deutschland durch Teile des franzö-
sischen Kolonialbesitzes für den eventuellen Verlust
jener Teile von Elsass-Lothringen, deren Bevölke-
rung die Wiederangliederung an Frankreich vor-
ziehen sollte, zu entschädigen. Ebenso dürfte es
nicht unmöglich sein, Oesterreich speziell für die
Abtretung des Trentino — durch welche kein
österreichisches Lebensinteresse verletzt würde —
durch *dynastische* Genugtuungen in dem neu zu
schaffenden *Polen* einen Gegenwert zu bieten.

Wie zu erwarten, finden die Vorschläge des
Papstes bei den Westmächten zunächst überwie-
gende Ablehnung. *Der psychologische Augenblick
für einen Ausgleichsfrieden ist in der Tat noch
nicht gekommen*. Für die nächsten Wochen stehen
militärische Entwicklungen bevor, von denen sich
Frankreich und England grossen Erfolg verspre-
chen. Erst die Enttäuschung ihrer Illusionen wird
sie um ein Weniges dem Frieden geneigter machen.
Freilich wird ihnen die Hoffnung auf die *ameri-*

kanische Hilfe bleiben und so wie England in den ersten beiden Kriegsjahren schon deshalb nichts vom Frieden wissen wollte, um zunächst einmal die Bewahrung seiner neu geschaffenen militärischen Organisation zeigen zu können, so dürfte Amerika schon aus diesem äusseren Grunde jede Friedenserörterung vor dem nächsten Sommer ablehnen. Die Hoffnung auf amerikanische Hilfe hält wieder die sonst bedenkliche Stimmung breiter französischer Schichten aufrecht. Die am 1. Februar 1917 seitens Deutschlands erfolgte Erklärung des «unbeschränkten» Unterseebootkrieges, die Amerika auf den Kriegspfad trieb, hat der Sache eines baldigen Friedens auf Erden und damit auch den deutschen Nationalinteressen furchtbar geschadet. Eine praktische Auswirkung der von der «roten» und «schwarzen» Internationale ausgehenden Friedensströmungen wird so wohl erst im Herbst 1918 möglich werden. Immerhin sind wenigstens Anknüpfungspunkte für eine Bewegung geschaffen, welche der ganz hemmungslosen Unendlichkeit des Krieges gegenüber ein Gegengewicht zu bieten vermag.

Dr. R. BRODA.

Friedenshemmungen

von Baron F. v. WRANGEL.

Bei den Völkern der Entente-Mächte stehen zwei Vorstellungen hemmend ihrem Friedensbedürfnis im Wege: die Schuldfrage und der deutsche Militarismus. Bei den Völkern — nicht bei den Politikern.

Die Schuldfrage spielt namentlich bei den Franzosen eine grosse Rolle. Man hört immer wieder die Worte: «Die Schuldigen am grossen Verbrechen können nicht als Gleichberechtigte dastehen mit ihren Opfern». Die diesbezüglichen Ausführungen von A. Sessler in Nr. 24 der *Menschheit* sind meines Erachtens so erschöpfend, dass ich ihnen nichts zuzufügen hätte.

Auf den Militarismus legen die Anglosachsen das grössere Gewicht und empfehlen als Gegenmittel die Demokratisierung Deutschlands, richtiger gesagt die Einführung der Parlaments-Regierung. Die meisten Neutralen und viele Deutsche teilen diese Auffassung. Die Frage ist akut und von allgemeiner Bedeutung, deshalb sei es gestattet, meine abweichende Ansicht auszusprechen.

Ich halte den Militarismus in der Jetztzeit für eine Folge der Kriegsgefahr, nicht für deren Ursache, wie es meist geschieht. Ich leugne nicht, dass geschichtliche, soziale und verfassungsmässige Eigenheiten Deutschlands dem Militarismus günstig sind. Ich behaupte nur, dass in Deutschland ebensowenig wie in anderen europäischen Staaten die Volksvertretungen die nötigen Summen bewilligt hätten, wenn nicht die Kriegsgefahr tatsächlich bestanden hätte. Ohne Geld ist der Militarismus einer Kriegerkaste eine Gefahr für die Nachbarn. Man beseitige die Kriegsgefahr durch internationale Organisation und der Militarismus ist in seiner Wurzel getroffen. Diese Wahrheit wird bald Gemeingut geworden sein und das wesentlichste Hindernis für jede Neuerung wäre dann beseitigt — das Vorurteil der Menge.

Die Abhängigkeit der Minister von der Mehrheit der gewählten Volksvertreter ist dagegen keine Garantie für den Frieden, denn jede Versammlung von Menschen, ob gelehrte oder unwissende, lässt sich durch Wahnvorstellungen und Gefühlsregungen weit eher hinreissen als ein Einzelner. Wer diese Tatsache der Massenpsychologie noch nicht kannte, hatte in diesen Schreckensjahren reichliche Gelegenheit sie zu beobachten.

Ich sage Abhängigkeit, nicht Verantwortung. Denn die letztere ist im Recht der Interpellation gegeben. Diese Abhängigkeit der Exekutive von dem einen Faktor der Legislative hat sich im aristokratischen England mit seinen zwei wesensgleichen regierungsfähigen Parteien historisch herausgebildet. Sie wurde, wie manche andere englische Einrich-

tung, in europäischen Verfassungen der neueren Zeit nachgebildet u. z. — da die Vorbedingungen fehlten — zum Schaden der betreffenden Länder, denn die Verwaltung des Landes leidet darunter. Je zentralisierter, je sozialisierter ein Staat, um so grösser seine Rolle im Leben des Volkes, um so folgenschwerer die Desorganisation der Verwaltung. In den angelsächsischen Ländern hatte der Staat bisher verhältnismässig geringen Einfluss und sie konnten schlechte Verwaltung eher ertragen. Das hat sich aber schon mächtig verändert mit zunehmender Sozialisierung auch dieser Länder. Im zentralisierten Frankreich hat die Abhängigkeit der Ministerien von den Abstimmungen der Kammer die ehemals musterhafte Verwaltung dieses Landes in allen Gebieten verschlechtert. Das sind Tatsachen, die notorisch sind. Bei häufigen Ministerwechseln entziehen sich die berufsmässigen Beamten der Leitung und Aufsicht ihrer Vorgesetzten. Wechseln aber auch die untergeordneten, ausübenden Verwaltungsorgane, um durch Stellenschacher Stimmen zu gewinnen, so ist Unordnung die Folge.

In Deutschland liegen die Parteiverhältnisse so, dass das Zentrum die Entscheidung in Händen hätte (wie in der letzten Zeit die Iren in England). Würde das den protestantischen und antikatholischen Deutschen genehm sein und dem Lande unbedingt nützen? Dass die vorzügliche Verwaltung leiden würde durch häufigen Wechsel der oberen Behörden bald nach rechts, bald nach links, je nachdem welche Frage das verhängnisvolle Votum veranlasste, das wird wohl niemand bestreiten.

Und doch ist eine politische Demokratisierung Deutschlands unabwendbar. Wenn die Mehrheit des Volkes es will, so hat sie ja die legalen Mittel, sie zu erzwingen. Drum ist es Pflicht der deutschen Regierung, innigere Führung zu nehmen mit den Vertretern des grossen Massen, sie zur verantwortlichen Mitarbeit an den Staatsgeschäften heranzuziehen, ohne das Gefüge einer musterhaften Verwaltung den Erschütterungen häufiger Ministerkrisen auszusetzen, wie sie die Schablone der Parlamentsregierung notwendig zur Folge hat, namentlich bei stark differenzierten Parteien. Diesen Weg des Entgegenkommens scheint die deutsche Regierung zu betreten und das würde uns der Friedensmöglichkeit näher bringen, den Staatsmännern der Entente den Rückzug vom Vernichtungsprogramm erleichtern. Das ist zur Zeit m. E. die wichtigste Aufgabe der deutschen Staatskunst.

Zum Ziel

Der Tag bricht an,
Vorwärts die Friedensfahn'!
Das Licht, das Licht
Strahlend bricht
Durch die Nacht:
Brüder, erwacht!
Gebt euer Alles
Auf dem Feld der Ehre,
Die ihr erkannt habt:
Friede!
Aus dem Mutterschoss der Schmerzen
Erstand
Lieb' und Leben neuer Herzen.
Ende dem Wüten!
Blut beflecktem Land
Entsprissen Lilienblüten. —

Die Schande

So lichterloh brennt des Krieges Graus,
Heiss flutet ein Meer von Thränen,
Millionen wissen nicht ein noch aus,
Der Verzweiflung Abgründe gähnen.

Des Mords entsetzliches Schuldgewicht,
Die Hekatomben der Brüder!
Als Chaos, ein stumpfer Trümmerschutt, bricht
Das halbe Europa danieder.

Wie ist der Menschheit Namen entehrt,
Geschändet die Liebe, die reine!
In's Bestialische ist verkehrt
Die Vernunft! Wut herrscht, die gemeine.

Wie lange noch?

Die Kanonen hör' ich hallen
Dumpf vom Früh- bis Abendrot
Meine Thränen, Thränen fallen
Euerem Soldatentod.

Ist der Strom denn nicht zu stopfen,
Unerhörten Wütens Qual?
Herzen, die voll Leben klopfen.
Schweigen, ungezählte Zahl.

Immer Wittwen nur und Waisen
Wird ein jeder neue Tag
Ach! mit tiefrem Weh umkreisen,
Hunger, Elend, Mühsal, Plag'?

Versöhnung

Es flackern irr
Die Sterne all
Auf unser Gewirr,
Den Sündenfall,

Wie Kain den Abel
Erschlug, erschlug,
Sanftmut ist Fabel
Und Güte Trug. —

Bringt Rosen, Rosen,
Reseden heran,
Den Toten, den Toten
Sei Ehre getan!

Sie liegen im Land,
Auf dem Meeresgrund,
Sie schlafen im Sand,
Sie ruhen im Sand. —

Ihr Lebenden kniet,
Sprecht laut das Gebet,
Das heilige Lied,
Und fleht und fleht:

Von Land zu Land
Ein neues Geschlecht
Geb' Hand in Hand,
Tu' Wahrheit und Recht!

Der Einigkeit
Posaune erdröhnt,
Wir leben befreit,
Wir schaffen versöhnt.

Im August 1917. Otto VOLKART, Zürich.



Vegetarisches Speisehaus

8, Hirschengraben - BERN - Hirschengraben, 8
Nähe Bahnhof

Menus: Fr. 1.40; Fr. 1.20; Fr. 0.90

Diverse Speisen à la carte

—o Schmackhafte Zubereitung o—

Verantwortl. Verl. u. Buchdrucker Fr. Ruedi, Lausanne.